

# Stadtvertretung der Landeshauptstadt Schwerin

Datum: 23.11.2020

Antragsteller: Stadtvertretung/Fraktionen  
/Beiräte  
Bearbeiter/in: Fraktion DIE LINKE,  
SPD-Fraktion  
Telefon: (03 85) 5 4 5 29 57

**Antrag**  
**Drucksache Nr.**

00558/2020

**öffentlich**

## Beratung und Beschlussfassung

Stadtvertretung

## Betreff

Majorel Servicecenter am Standort Schwerin erhalten – möglichst viele Arbeitsplätze sichern

## Beschlussvorschlag

Die Stadtvertretung möge beschließen:

Die Landeshauptstadt Schwerin ist seit vielen Jahren ein wichtiger Standort für Servicecenter verschiedenster Unternehmen. In Zeiten hoher Arbeitslosigkeit waren derartige Arbeitsplätze für viele Beschäftigte oft die einzige Chance auf einen Verbleib und eine berufliche Perspektive in der Heimat. Die Stadtvertretung solidarisiert sich mit den Beschäftigten des Majorel Servicecenters und bittet den Oberbürgermeister im Zusammenwirken mit der Geschäftsführung, dem Wirtschaftsministerium des Landes und dem Betriebsrat alle Möglichkeiten zu erörtern und zu nutzen, die dazu geeignet sind, den Schweriner Standort mit möglichst vielen Arbeitsplätzen zu erhalten.

## Begründung

Majorel ist ein Anbieter von Servicecenter Leistungen und hat seinen Schweriner Sitz derzeit in der oberen Etage der Marienplatzgalerie. Am Standort sind aktuell 196 Personen beschäftigt. Die Belegschaft setzt sich aus ehemaligen Beschäftigten der Deutschen Telekom sowie von Tochterunternehmen der Bertelsmann Gruppe, wie AVARTO zusammen. Vor Ort werden Dienstleistungen für die Deutsche Telekom, die Deutsche Bank, die Signal Iduna und UPC erbracht. Einen Tarifvertrag gibt es nicht, die Grundvergütung der Kundenberater/innen entspricht dem gesetzlichen Mindestlohn. Die Geschäftsleitung begründet das Schließungsvorhaben zum Ende des Jahres 2021 mit einem defizitären Ergebnis und dem Ende eines der genannten Dienstleistungsverträge. Nach Angaben des Betriebsrates muss dies jedoch nicht zwangsläufig die Schließung des Standortes nach sich ziehen. Drei von vier Dienstleistungsverträgen würden wirtschaftlich bearbeitet und könnten weiterbetrieben werden. Folglich wäre ein sozialverträglich gestalteter Arbeitsplatzabbau bei Erhalt des Standortes das Ziel. Dafür ist auch öffentliches Interesse und die Unterstützung

der Politik erforderlich.

**über- bzw. außerplanmäßige Aufwendungen / Auszahlungen im Haushaltsjahr**

Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen im Produkt: ---

Die Deckung erfolgt durch Mehrerträge / Mehreinzahlungen bzw. Minderaufwendungen / Minderausgaben im Produkt: ---

**Die Entscheidung berührt das Haushaltssicherungskonzept:**

ja

Darstellung der Auswirkungen: ---

nein

**Anlagen:**

keine

gez. Gerd Böttger  
Fraktionsvorsitzender  
Fraktion DIE LINKE

gez. Mandy Pfeifer  
Fraktionsvorsitzende  
SPD-Fraktion